

Demographischer Wandel und seine Folgen

Wirtschaftliche und
gesellschaftliche
Folgen demographi-
scher Veränderungen

Martfelder Schlossgespräche
Schriftenreihe der Senioren Union NRW Nr. 6

**Senioren
Union** 
CDU

www.senioren-union-nrw.de

Demographischer Wandel und seine Folgen

Wirtschaftliche und
gesellschaftliche
Folgen demographi-
scher Veränderungen

Martfelder Schlossgespräche
Schriftenreihe der Senioren Union NRW Nr. 6

**Senioren
Union** 
CDU

www.senioren-union-nrw.de

Herausgeber

Senioren Union der CDU Nordrhein-Westfalen · Heinz Soth · Landesgeschäftsführer
Wasserstraße 5 · 40213 Düsseldorf · Telefon (02 11) 1 36 00-0 · Telefax (02 11) 1 36 00-54
Internet: www.senioren-union-nrw.de · E-Mail: senioren@senioren-union-nrw.de

Fotos

Frank Schmidt, Hagen

Herstellung und Verlag

Satz:Repro-Druck · G. Neumann GmbH · Karlstraße 18 · 45739 Oer-Erkenschwick
Telefon 0 23 68 / 98 59-0 · Telefax 0 23 68 / 98 59-20
ISDN.DFÜ 0 23 68 / 98 59-23 · E-Mail: satzreprodruck@satzreprodruck.de
1. Auflage, 5000/04/04

Inhalt

Leonhard Kuckart

Begrüßung **5**

Professor Dr. Meinhard Miegel

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen
demographischer Veränderungen **7**

Leonhard Kuckart

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen der Senioren Union Nordrhein Westfalen begrüße ich Sie zu unserer sechsten Veranstaltung in der Reihe „Demographischer Wandel und seine Folgen“.

Wir freuen uns über Ihren Besuch; wir freuen uns über das Interesse der Medien, die unsere Veranstaltungen begleiten. Wie immer darf ich einige Teilnehmer persönlich begrüßen: Zunächst den Bürgermeister der Stadt Schwelm, Herrn Dr. Steinbrück und den Bundesvorsitzenden der Senioren Union Deutschlands, Herrn Prof. Dr. Otto Wulff.

Mein besonderer Gruß gilt dem Referenten am heutigen Tag, Herrn Prof. Dr. Miegel. Wir danken Ihnen, dass Sie trotz großer terminlicher Probleme zu uns gekommen sind.

Meine Damen und Herren, die Erfahrung lehrt, dass gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse außerordentlich schwer politisch umzusetzen sind. Warum?

Richard von Weizsäcker, unser ehemaliger Bundespräsident, hat das sehr pointiert dargelegt. Ich zitiere ihn: „Was könnte einen aktiven Politiker dazu bewegen, den Menschen reinen Wein einzuschenken, die Wahl zu verlieren, um in 20 Jahren Recht zu bekommen. Nichts, rein gar nichts könnte ihn dazu bewegen“.

Weil wir – die ältere Generation – aber nicht mehr der Gefahr ausgesetzt sind, Wahlen zu verlieren, fällt uns eine besondere Aufgabe zu. Wir können mithelfen, die Zukunft zu gestalten.

Die Alternative in Deutschland lautet nicht: entweder es bleibt so wie es ist oder wir verändern, sondern die Alternative lautet: entweder es wird katastrophal schlecht oder wir verändern.

Wir, die über 60jährigen, haben die Macht. Wir entscheiden die Wahlen. Wir haben deshalb aber auch eine besondere Verantwortung.



Wir sind zwar nicht die Zukunft, aber wir gestalten oder missgestalten die Zukunft.

Die Zukunft der Enkel liegt in unseren Händen.

Die Senioren Union stellt sich dieser Aufgabe. Wir suchen den Pakt mit unseren Enkeln. Deshalb führen wir auch die Veranstaltungsreihe „Demographischer Wandel und seine Folgen“ durch und beschäftigen uns mit den Folgen des demographischen Wandels.

Professor Dr. Meinhard Miegel

Meine Damen und Herren, Senioren Union.

Das klingt ein wenig nach Vergangenheit. Was haben die Senioren mit dem Jahr 2030 oder gar 2040 zu tun? Viel mehr als viele meinen. Denn mindestens 7,5 Millionen der heute über 60-Jährigen werden das Jahr 2020, schätzungsweise 1,5 Millionen das Jahr 2030 und immerhin noch 100.000 das Jahr 2040 erleben. Deshalb ist es für 60-, 70- und selbst 80-jährige riskant zu sagen: „Das alles betrifft mich nicht mehr“. Viele der Senioren müssen sich darauf einstellen, noch ein gutes Stück Leben vor sich zu haben und folglich ist es für sie durchaus von Interesse zu erfahren, was da kommen wird. Es geht also nicht nur um Kinder und Kindeskind, sondern auch um das eigene Leben. Was also haben wir in naher und ferner Zukunft zu erwarten?

I.

Unsere historische Erfahrung ist, dass die Zahl der Menschen ständig größer wird. Das gilt gerade auch für Deutschland und Europa. Im 19. Jahrhundert vervierfachten sich hier die Bevölkerungszahlen. Das Gleiche wiederholte sich im 20. Jahrhundert weltweit. Diese Bevölkerungsexpansion wird sich global etwa bis zur Mitte dieses Jahrhunderts fortsetzen: Um 2050 dürften weltweit knapp neun Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Doch im Gegensatz zu früher verlangsamt sich nicht nur das Bevölkerungswachstum, es konzentriert sich auch immer stärker auf einzelne Regionen. Starke Expansionen sind noch in Asien und Afrika zu erwarten. In Nord- und Südamerika wird der Zuwachs hingegen bei nur noch wenigen Hundert Millionen liegen und in Europa wird die Zahl der Menschen sogar substantiell abnehmen. Das alles bedeutet, dass wir umlernen müssen. Oder anders formuliert: Wir müssen



entlernen und Neues lernen: Schauen wir uns einige wenige Zahlen an:

1900 zählte die Weltbevölkerung 1,6 Milliarden Menschen, die Zahl der Europäer lag bei 400 Millionen, die Zahl der Deutschen bei 56 Millionen. 50 Jahre später war die Weltbevölkerung auf 2,5 Milliarden angestiegen, die Zahl der Europäer auf 530 Millionen und die Zahl der Deutschen auf knapp 70 Millionen.

Heute, im Jahre 2003, werden weltweit 6,3 Milliarden Menschen gezählt, die Zahl der Europäer ist auf 726 Millionen gestiegen und die Zahl der Deutschen auf knapp 83 Millionen. Aber wie geht es weiter?

Hierzu liegen eine Reihe von Projektionen vor, die alle eines gemeinsam haben: Sie wurden ständig nach unten revidiert. Noch 1995 erwarteten die Vereinten Nationen für das Jahr 2050 eine Weltbevölkerung von 13,5 Milliarden. Heute liegt das mittlere Szenario bei 8,5 bis 9 Milliarden. Mit anderen Worten: Innerhalb von acht Jahren wurden die Vorausberechnungen um rund ein Drittel vermindert: knapp neun Milliarden gegenüber 13,5 Milliarden.

Für Europa erwarten die Demographen zum ersten Mal in der bekannten Geschichte einen spürbaren Bevölkerungsrückgang von gegenwärtig 726 Millionen auf 632 Millionen bis 2050 – ein Rückgang um reichlich 90 Millionen innerhalb von anderthalb Generationen. Für Deutschland weisen die Szenarien eine große Bandbreite auf. Nur sind sich auch hier die Auguren einig: Die Bevölkerungszahl wird messbar zurückgehen. Die Frage ist nur, ob es bis 2050 fünf oder 15 Millionen sein werden. Das hängt entscheidend von der Zahl der Zuwanderer ab und insbesondere der Zahl derer, die nicht nur zuwandern, sondern dann auch bleiben.

Diese Zahlen verdeutlichen zweierlei. Bei der quantitativen Bevölkerungsentwicklung gibt es erstmals gegenläufige Trends. In einigen kleinen Regionen nimmt die Bevölkerung weiterhin stark zu, in anderen Regionen verlangsamt sich das Bevölkerungswachstum spürbar, in wieder anderen kommt es zum Stillstand und in einigen schlägt die



V.l.n.r.: Leonhard Kuckart, Josef Brunstein, Lars Lubisch

bisherige Bevölkerungszunahme in ihr Gegenteil um. Letzteres gilt vor allem für entwickelte Industrieländer. Hier gibt es mittlerweile kein einziges mehr, das eine bestandserhaltende Geburtenrate aufweist. Wenn mitunter auch in solchen Ländern die Bevölkerungen noch zunehmen, dann im Wesentlichen aufgrund anhaltender Zuwanderungen.

Das Zweite, was diese Zahlen verdeutlichen, ist das starke Abflachen des steilen Wachstumstrends der zurückliegenden 200 Jahre. Spätestens in der zweiten Jahrhunderthälfte wird die Bevölkerungszunahme weltweit zum Stillstand gekommen sein und kurz darauf in Schrumpfung umschlagen. Das ist dann „the great transition, der große Übergang“, den der amerikanische Futurologe Hermann Kahn schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vorhergesagt hat.

II.

Doch ehe quantitative Bevölkerungsveränderungen spürbar werden, werden die Menschen weltweit sehr stark altern oder genauer, der Anteil alter Menschen wird sich extrem vergrößern. Auch hierzu einige Zahlen. Nehmen wir einen Menschen, der sich heute in seiner Lebensmitte befindet, also etwa 40 Jahre alt ist und Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geboren worden ist. Dieser Mensch hat eine statistische Lebenserwartung bis etwa zum Jahre 2040. Als dieser Mensch geboren wurde, wurde er in Deutschland in eine noch richtig junge Gesellschaft hinein geboren. 28 Prozent der Bevölkerung waren jünger als 20, nur 15 Prozent waren älter als 60 Jahre. Wenn dieser Mensch alt geworden sein wird, werden etwa 38 Prozent der Bevölkerung älter als 60 sein und der Anteil der unter 20-jährigen wird sich auf etwa 15 Prozent vermindert haben. Schätzungsweise ein Zehntel der Bevölkerung wird älter als 80 und zwei Prozent werden älter als 90 Jahre sein. Die Zahl der über 70-jährigen wird sich bis 2040 ungefähr verdoppeln, die Zahl der 80-jährigen reichlich verdreifachen und die Zahl der über 90-jährigen wird sich verdreieinhalbfachen. In absoluten Zahlen: Als unser Mustermensch um 1960 geboren wurde, gab es in Deutschland 53.000 über 90-jährige. Im Jahre 2040 dürfte es 1,5 Millionen geben. 1960 lebten in Deutschland nur knapp 500 über 100-jährige, für 2040 wird ihre Zahl auf mehr als 100.000 geschätzt. Dass

dadurch das Durchschnittsalter dramatisch verschoben wird, liegt auf der Hand. 1960 war die Hälfte der Bevölkerung jünger als 34, 2040 wird das Medianalter – die Hälfte ist jünger, die andere Hälfte ist älter – bei knapp 50 Jahren liegen.

Sollte irgendetwas einen klagenden Unterton bei diesen meinen Ausführungen gehört haben, dann hat er falsch gehört. Denn das was ich soeben beschrieben habe, ist bei Licht besehen die beste aller Welten. Zumindest ist es genau die Welt, die wir immer erstrebt haben. Die Menschen wollten so lange wie möglich leben. Kaum einer wollte jung sterben. Die meisten Menschen wollen auch noch nicht mit 60 oder 70 Jahren sterben. Das individuelle Leben kann gar nicht lange genug währen. Und zugleich sollte diese Zunahme der individuellen Lebenserwartung nicht zu ständig steigenden Bevölkerungszahlen führen. Was aber geschieht, wenn die individuellen Leben immer länger werden und die Bevölkerungszahlen nicht ansteigen? Dann muss das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigen. Wollte man die gegenwärtige Altersstruktur konservieren, müsste die Bevölkerungszahl Deutschlands bis zum Jahre 2035 auf 135 Millionen Menschen anwachsen. Ist das erstrebenswert? Eine Bevölkerungszunahme zwischen Rhein und Oder von 52 Millionen? Ohne einen steilen Anstieg der Geburtenrate würde dies unter anderem bedeuten, dass binnen einer Generation etwa 180 Millionen Zuwanderer integriert werden müssten. Ich glaube, dass ist alles so utopisch, das wir es vergessen können. Vielmehr sollten wir uns darauf einrichten, dass wir künftig in einer Gesellschaft leben werden, die an Zahl abnimmt, deren Durchschnittsalter stark ansteigt und in der immer mehr Zuwanderer leben werden.

Dies ist kein Schreckensszenario! Auch in einer solchen Gesellschaft lässt sich gut leben, vorausgesetzt, wir nehmen die vorhersehbaren Veränderungen an und vorausgesetzt, wir reagieren auf sie kon-



V. I. n. r.: Lars Lubisch, Horst Semsek



Blick ins Auditorium. 1. Reihe, links: Professor Dr. Otto Wulff

struktiv. Bisher haben wir dies nicht getan. Die meisten haben alles unternommen, um weitermachen zu können, wie bisher. Das allerdings geht nicht. Wir müssen endlich begreifen, dass wir in eine völlig neue Phase eingetreten sind, in der alle unsere bisherigen Erfahrungen ihre Gültigkeit verlieren. Was wir bisher gedacht, gefühlt und getan haben, steht im Begriff, seine Fundierung zu verlieren. Das gilt vor allem für die Maxime, nach der wir Jahrhunderte lang gehandelt haben: die kommende Generation hat breitere Schultern als wir selbst. Bisher konnten wir uns darauf verlassen, dass die uns nachfolgenden Jahrgänge nicht nur an Zahl größer, sondern dass sie zugleich auch produktiver sein würden. Folglich konnten wir viele Gegenwartsprobleme getrost in die Zukunft verschieben. Das geht jetzt nicht mehr. Wir müssen begreifen, dass wir die Generation mit den breitesten Schultern sind. Die nach uns Kommenden haben schmalere Schultern. Die spannende Frage ist: „Was bedeutet das für die weitere gesellschaftliche, wirtschaftliche und nicht zuletzt politische Entwicklung“?

Niemand von uns kennt eine verbindliche Antwort auf diese Frage. Denn bisher befand sich noch kein Volk in einer ähnlichen Situation. Gewiss steigt das Durchschnittsalter von Bevölkerungen schon seit langer Zeit. Doch in der Vergangenheit bedeutete das, dass immer mehr Kinder und Jugendliche in die Erwerbsfähigenphase vorrückten und damit die Gesellschaft immer produktiver werden ließen. Jetzt bedeu-

tet Zunahme der Lebenserwartung, dass immer mehr Menschen aus dem Erwerbsfähigenalter in das nicht mehr Erwerbsfähigenalter hinüberwechseln. Zunahme der Lebenserwartung bedeutet also im Gegensatz zu bisher nicht mehr Zunahme der Produktivität, sondern deren Abnahme. Oder Zuwanderungen. Natürlich gab es schon immer Migrationsströme. Aber Migration bedeutete in der Vergangenheit, dass Menschen in junge, expandierende Bevölkerungen hinein wanderten. In Zukunft bedeutet Migration, dass entstandene Bevölkerungslücken durch Zuwanderer gefüllt werden sollen.

III.

Ich glaube, bereits diese wenigen Beispiele zeigen, dass vor diesem Hintergrund unsere eingeschliffenen Denkmuster und Verhaltensweisen nicht mehr tragfähig sind. Konkret: Seit Jahrzehnten gibt die öffentliche Hand in Deutschland mehr Geld aus als sie durch Steuern und Sozialbeiträge einnimmt. Schulden zu machen war an der Tagesordnung. Politiker und Wähler beruhigten sich mit dem Gedanken, dass die gemachten Schulden ja von der nächsten Generation leicht beglichen werden konnten. Auf diese Weise wurde seit den siebziger Jahren ein Schuldenberg von 1,35 Billionen Euro aufgehäuft. Wie viel sind 1,35 Billionen Euro? Wäre dies eine Hypothek, die mit sechs Prozent verzinst wird und eine Laufzeit von 30 Jahren hat, müssten zu ihrer Tilgung 30 Jahre lang jedes Jahr 100 Milliarden Euro aufgebracht werden. Das sind 250 Millionen Euro pro Tag. Und der Schuldenberg wächst und wächst. Wir Deutschen haben im vorigen Jahr die in Maastricht vereinbarten Stabilitätskriterien nicht eingehalten, in diesem Jahr tun wir es wieder nicht und auch im kommenden Jahr wird die Neuverschuldung bei über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Eine verantwortungslosere, leichtfertiger Politik ist schwer vorstellbar. Und dann kommt die Bundesregierung daher und stellt uns Steuererleichterungen in Aussicht, die wiederum im Wesentlichen über neue Schulden finanziert werden sollen. Das alles muss uns zutiefst besorgen lassen. Dabei ist dieser offen ausgewiesene Schuldenberg der kleinere von zweien. Sehr viel größer sind die Zahlungsverpflich-

tungen, die die öffentliche Hand im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme eingegangen ist, insbesondere im Rahmen der gesetzlichen Alterssicherung und der Pflegeversicherung. Diese Zahlungsverpflichtungen addieren sich mittlerweile auf insgesamt etwa fünf Billionen Euro. Fünf Billionen Euro stehen auf einer Rechnung, die ohne den Wirt gemacht worden ist – der Wirt, das sind wiederum die nachwachsenden Jahrgänge. Ganz langsam erkennen die Menschen, dass im Rahmen dieser gesetzlichen Sicherungssysteme keine Vorsorge betrieben worden ist und auch nicht betrieben werden konnte, weil diese Systeme reine Fürsorgesysteme sind. Im Rahmen dieser Systeme wurde stets nur für die jeweils Alten, Kranken, Pflegebedürftigen aller Arbeitslosen gesorgt. Eigene Vorsorge war das nicht. Eigene Vorsorge ist nur außerhalb dieser Systeme möglich, nämlich in Form von Kindern und der Bildung von Realkapital.

Jetzt geht das Gaukelspiel zu Ende. Die Politik versucht uns schonend beizubringen, dass es höchste Zeit ist, echte Vorsorge zu betreiben. Aber noch fehlt der Mut, der Bevölkerung die ganze Wahrheit zu sagen. Also versucht die Politik, sich wie bisher weiterzuhangeln.

Da wird die Auszahlung der monatlichen Rente vom Monatsanfang auf das Monatsende verschoben oder eine sogenannte Nullrunde beschlossen, die ja nichts anderes ist als eine Verminderung der Kaufkraft der Rentner. Seit 25 Jahren, seit 1978, hat es praktisch keine realen Rentensteigerungen mehr gegeben. Der Eckrentner von heute hat genau die gleiche Kaufkraft wie der Eckrentner des Jahres 1978. Das Versprechen des Staates, den alten Bevölkerungsteil an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben zu lassen, wird seit 25 Jahren nicht mehr erhalten.

Doch von nun an geht's bergab. Von nun an wird auch die reale Kaufkraft nicht mehr gewährleistet sein.

IV.

Nun steht außer Frage, dass sich zusammen mit dem Altersgefüge auch das Alter selbst ändert. Hierzu gibt es seit einigen Jahrzehnten Reihenuntersuchungen, die zeigen, dass sich binnen zwanzig Jahren

der individuelle Alterungsprozess um etwa zehn Jahre verlangsamt, soll heißen, dass 60-jährige von heute den gleichen physischen und psychischen Befund haben wie 50-jährige vor zwanzig Jahren. Entsprechendes gilt für 70-jährige, die so sind wie 60-jährige Anfang der achtziger Jahre. Das ist sicher eine erfreuliche Entwicklung. Dennoch wäre es lebensfremd, anzunehmen, dass bei einer Bevölkerung, die zur Hälfte aus über 50-jährigen und zu einem Zehntel aus über 80-jährigen besteht, nicht altersgemäße Sicht- und Verhaltensweisen dominieren. Eine solche Gesellschaft wird ruhiger werden, so wie die meisten, die schon ein gutes Stück ihres Lebensweges zurückgelegt haben, ruhiger werden. Eine sich so verändernde Gesellschaft wird weniger dynamisch sein. Trotz einer, gemessen am Lebensalter, hohen Mobilität wird auch diese tendenziell abnehmen. Das ist sowohl räumlich als auch funktional. Funktional bedeutet, dass Menschen abnehmend bereit sein werden, neue Berufe auszuüben oder ihre sozialen Netze aufzugeben.

Was wird weiter geschehen in einer sich so verändernden Gesellschaft? Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird die Wohneigentumsquote deutlich ansteigen. Immer mehr Menschen werden sich ihre Immobilie nicht mehr erarbeiten müssen, sie werden sie erben. Hinzu kommt, das ältere Haushalte ohnehin eine wesentlich höhere Wohneigentumsquote aufweisen als jüngere. Entsprechendes gilt für die Pro-Kopf-Wohnfläche. Zur Zeit liegt sie bei etwa 40 Quadratmetern pro Kopf. In nicht zu ferner Zukunft dürfte sie bei 50 Quadratmetern liegen. Einzelne Regionen, insbesondere in Deutschlands Nordosten, werden sich mehr oder minder entsiedeln, es sei denn, sie werden von Zuwanderern in Beschlag genommen.

Neben diesen sehr sichtbaren Veränderungen wird es einen gesellschaftlichen Klimawechsel geben. Ich denke zum Beispiel an die Beantwortung der Sinnfrage. Bisher lautete die Antwort: Der Sinn unseres Lebens liegt erstens in der Sicherung und Steigerung unserer Konsumfähigkeit und zweitens in der Sorge um unseren Nachwuchs. Zwar wird auch in einer alternden Gesellschaft weiter lustvoll konsumiert werden. Nur wird dieser Konsum weniger sinnstiftend wirken als bisher. Jeder, der schon etwas älter ist, hat dies am eigenen Leibe erfahren. Und die Werbewirtschaft weiß es auch. Bleibt die Sorge für Kinder und En-

kel. Diejenigen, die Kinder und Enkel haben, werden auch künftig in der Sorge für sie einen Sinn des Lebens sehen. Nur wird jede dritte Frau, die 1960 oder später geboren worden ist, nie ein Kind haben und mehr als die Hälfte der Bevölkerung wird auch nie ein Enkelkind haben. Wenn aber fast jeder Zweite weiß, dass es in spätestens der übernächsten Generation keine Nachfahren mehr von ihm geben wird, ist zumindest für diesen Personenkreis die Sorge für Kinder und Enkel nicht mehr sinnstiftend.

Eine weitere Konsequenz dieses demographischen Wandels ist ein sich änderndes Verständnis von Einkommenserzielung und Vermögensbildung. Beide werden sich zunehmend auf den eigenen Lebenshorizont beschränken. Wozu ein Haus bauen oder ein Unternehmen gründen, wenn von vornherein klar ist, dass da niemand sein wird, der es übernimmt. Der Einzelne könnte sich noch stärker als bisher auf sich selbst beschränken. Einzelwirtschaftlich ist dieses Verhalten einsichtig. Volkswirtschaftlich ist es problematisch. Denn wenn die Bevölkerung schon wenige Kinder hat, müsste sie alles unternehmen, um ihnen zumindest produktive, und das heißt in der Regel kapitalintensive Arbeitsplätze zur Verfügung stellen zu können.

V.

Darüber hinaus müsste sie Wert darauf legen, dass die Nachwachsenden die bestmögliche Ausbildung bekommen. Wissen in Verbindung mit Kapital ist die Voraussetzung für eine produktive und damit wohlhabende Gesellschaft. Doch diese Voraussetzung wird nicht geschaffen. Stichwort: Pisa. Unsere Schulen und Universitäten sind nur noch biederes Mittelmaß. In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war jeder vierte Student an einer deutschen Universität ein Ausländer. Deutsche Universitäten genossen weltweit hohes Ansehen. Das alles ist Vergangenheit. Diejenigen, die heute nachwachsen, sind häufig nicht mehr gut qualifiziert. Ungefähr ein Drittel der jungen Generation hat nicht die Qualifikationen, die in einer hoch entwickelten Gesellschaft benötigt werden. Selten ist eine Generation so wenig auf ihre Aufgaben vorbereitet worden wie diese.

Sprechen wir die Dinge offen aus. Unter den Kindern breitet sich Verwahrlosung aus. Schulanfänger sind immer häufiger in ihren Familien nicht sozialisiert, das heißt, in die Gesellschaft eingeführt worden. Viele Eltern gehen davon aus, dass dies Aufgabe der Schule sei. Sie verlassen sich aber auch darauf, dass die Schule für das morgendliche Frühstück sorgt. Das Frühstück am häuslichen Tisch ist aus der Mode geraten. Das alles sind Entwicklungen, die uns nicht unberührt lassen dürfen. Bildung und Ausbildung sind längst nicht mehr, was sie einmal waren. Und die privaten Vermögen, die nicht zuletzt Fundament einer soliden Volkswirtschaft sind, haben an Belastbarkeit eingebüßt.

Auch hierzu einige Zahlen. Mitte der sechziger Jahre hatte der durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalt keine höhere Kaufkraft als der heutige Sozialhilfehaushalt. Doch gemessen an den damals erwirtschafteten Gütern und Diensten investierte er rund dreimal so viel in Kinder und Realkapital. Er sorgte wirklich vor. Wir hingegen sind eine konsumexzessive Gesellschaft. Wir verbrauchen in hohem Tempo was wir erwirtschaften. Die Bereitschaft, in Menschen und Realkapital zu investieren, lässt sehr zu wünschen übrig.

Aber noch ist es nicht zu spät. Wir müssen nur begreifen, dass eine Bevölkerung, die wenige Kinder hat, diese hervorragend ausbilden und ihnen Kapital zur Verfügung stellen muss, damit sie in die Lage versetzt werden, einen großen, alten Bevölkerungsteil – uns – auskömmlich mit zu versorgen. Darüber hinaus müssen wir endlich anerkennen, dass wir de facto ein Zuwanderungsland sind. 2002 sind in Deutschland 122.000 Menschen mehr gestorben als geboren wurden. In den kommenden 35 Jahren wird dieser Sterbeüberschuss bei gleichbleibender Geburtenrate auf 560.000 Menschen pro Jahr ansteigen. Dass



V.l.n.r.: Leonhard Kuckart, Professor Dr. Reinhard Miegel, Professor. Dr. Otto Wulff

derartige Bevölkerungslücken von Zuwanderern geschlossen werden, ist wenig wahrscheinlich. Nur sollten wir bestrebt sein, sie zumindest zu verkleinern. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass wir von jetzt an über die kommenden Jahrzehnte 200.000 Menschen jährlich an Zuwanderern benötigen, um allzu großen Verwerfungen in der Bevölkerungsstruktur vorzubeugen. Da in der Regel drei von vier Zuwanderern das Land wieder verlassen, bedeutet das, dass wir künftig eine Bruttozuwanderung von jährlich 800.000 Menschen benötigen werden. Das ist rund ein Prozent der hier ansässigen Bevölkerung.

Diese Zahlen brauchen uns nicht zu erschrecken. Schon seit Jahren kommen ähnlich viele Menschen nach Deutschland. Allerdings waren sie uns bislang nicht Stütze, sondern eher Last. Sie wurden nämlich nicht integriert. Inzwischen haben sie begonnen, Subkulturen zu bilden. Das ist keine Lösung. Auch hier sollten wir uns nichts vormachen. Eine gelungene Integration ist überaus aufwendig.

Mit einem Abendkursus in der Volkshochschule ist es nicht getan. Integration heißt Schulabschlüsse für die Jüngeren sowie eine ordentliche berufliche Ausbildung und selbstverständlich die Vermittlung der Sprache.

Da dies alles unterlassen wurde, sind heute knapp neun Prozent der Zugewanderten Sozialhilfeempfänger, 23 Prozent der ausländischen Erwerbspersonen sind arbeitslos, der Anteil der Ausländerkinder, die keinen Schulabschluss erlangen, ist weit überproportional und da darf es auch nicht wundern, wenn sie auf illegale Weise versuchen, ihren Lebensstandard zu erhöhen.

Hier haben wir uns während der zurückliegenden 30 Jahre in der Tat eine Suppe eingebrockt, die wenig schmackhaft ist. Seit 1970 haben wir durch nicht gehabte Kinder jährlich etwa 70 Milliarden Euro „gespart“, das heißt, hätten wir eine bestandserhaltende Geburtenrate gehabt, hätten wir jedes Jahr diesen Betrag zusätzlich für Kinder aufbringen müssen. Statt Kinder großzuziehen haben wir jenen Betrag verlebt oder auch gar nicht erst erwirtschaftet. Ich fürchte, dass wir das, was wir da „gespart“ haben, jetzt für die umfassende Integration von Zuwanderern benötigen werden.

VI.

Die zurückliegenden 30 Jahre waren unter Gesichtspunkten der Demographie besonders einfach. Bedingt durch die Nachwirkungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges waren recht wenige alte Menschen zu versorgen und zugleich war die Zahl der Kinder gering. Wenige alte Menschen, wenige Kinder, das bedeutete in der Sprache der Experten eine niedrige Sozillastquote. Da ließ es sich leicht aus dem Vollen schöpfen. Wir haben 30 fette Jahre durchlebt. Diese Periode ist zu Ende gegangen und wir haben jetzt 30 Jahre vor uns, in denen nachgeholt werden muss, was bislang versäumt wurde. Die Erbschaft, die dereinst hinterlassen werden wird, mag individuell stattlich sein. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ist sie es nicht. Die Generation der heute 35- bis 65-jährigen reicht eine Hypothek weiter, an der die heute junge Generation – ich denke an die unter 20-Jährigen – schwer zu tragen haben wird. Deshalb sollten wir uns nicht wundern, wenn die heutige Enkelgeneration eines Tages die recht unangenehme Frage aufwerfen sollte: „was habt Ihr Euch eigentlich dabei gedacht, als Ihr alle diese Lasten aufgetürmt habt? Was können wir denn dafür, dass wir so wenige sind und Ihr so viele? Wie habt Ihr denn für die Fährnisse des Lebens vorgesorgt“?

Selbstverständlich wird es Viele geben, die diese Fragen gelassen beantworten können. Denn was da als Konflikt zwischen Jung und Alt apostrophiert wird, ist ja letztlich kein Konflikt zwischen Alten und Jungen, sondern zwischen dem Teil der Bevölkerung, der Kinder großgezogen und gespart hat, das heißt, den Investoren, und dem anderen Teil, der kaum investiert und statt dessen vor allem konsumiert hat. Im Kern geht es doch darum, dass Letztere jetzt erwarten, dass die Investoren sie mittragen. Nur fürchte ich, dass jene, die ein Leben lang investiert haben, dieses Spiel nicht mitspielen werden. Sie werden sich zusammen mit ihren Kindern weigern, die Versorgung derer zu übernehmen, die immer nur konsumiert haben.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich sage nicht, dass jeder Kinder haben müsse oder auch nur solle. Das ist wirklich die Entscheidung jedes Einzelnen. Nur muss jeder, der keine Kinder großzieht,

auf andere Weise Vorsorge treffen. Das geschieht bislang nicht. Vielmehr haben diejenigen, die Kinder großziehen, zugleich auch noch die höchsten Sparquoten, während die anderen den Standpunkt vertreten: weil wir keine Kinder großziehen, brauchen wir ja auch nicht zu sparen. Eine solche Strategie musste in die Sackgasse führen und sie hat in die Sackgasse geführt.

VII.

Auch im Bereich des Arbeitsmarktes und des Erwerbslebens wird sich in den vor uns liegenden Jahren viel verändern. Derzeit wird gerade die Frage erörtert, ob die Lebensarbeitszeit über das 65. Lebensjahr hinaus verlängert werden soll. Eine notwendige Diskussion. Seit mehreren Jahrzehnten verlängert sich die individuelle Lebenserwartung in jedem Kalenderjahr um sieben Wochen. Dann aber können wir nicht, wie vor sechzig oder achtzig Jahren, mit 55 oder 58 oder auch 60 Jahren den Griffel oder die Kelle aus der Hand legen und sagen, nun sollen mal die Jungen für uns sorgen. Achtzig Jahre alt werden und dann vielleicht nur 35 oder 37 Jahre gearbeitet haben – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Oder wenn sie aufgehen soll, dann müssen wir während unseres kurzen Erwerbslebens in jedem Jahr doppelt so viel erwirtschaften, wie wir verbrauchen. Wer tut das?

Doch indem ich dies sage, muss ich das Gesagte gleich wieder einschränken. Erwerbsfähigkeit ist nämlich eine recht individuelle Angelegenheit. Erst kürzlich unterhielt ich mich mit der Chefärztin der genetologischen Abteilung einer großen Universitätsklinik, die mir erklärte, bei ihr gäbe es 55-jährige, die seien schon Greise und 75-jährige, denen man noch eine Menge abverlangen könne. Was also ist das richtige Renteneintrittsalter? Ich halte nicht viel davon, es mit dem Erreichen des 63., 65., 67. oder meinetwegen auch 70. Lebensjahr zu fixieren. Die rentenpolitisch relevante Frage ist aus meiner Sicht: Von welchem Zeitpunkt an muss eine Mindestversorgung gewährleistet sein? Dieser Zeitpunkt darf nicht zu spät angesetzt werden. 70-jährige Berufskraftfahrer, die nachts um zwei mit einem 16-Tonner über die Autobahn brettern, sind kein erstrebenswertes Ziel. Jeder sollte deshalb so früh wie



Blick ins Auditorium

möglich wissen, von wann an er eine Mindestversorgung erhält, die er dann durch eigene Vorsorgemaßnahmen aufstockt. Also Schluss mit den künstlichen Zäsuren. Weg mit den Altersgrenzen. Wer fit ist und sich auch so fühlt, soll so lange arbeiten, wie er das möchte. Auf der anderen Seite sollen sich Menschen nicht bis zu ihrem Grab abrackern müssen.

Aber auch dieses Ende der Zäsuren bedeutet ein Umdenken bei den Alten und Jungen: Unlängst saß ich im ICE von Bonn nach Frankfurt und mit mir im Erste-Klasse-Abteil saßen vier gut angezogene Herren, alle Mitte fünfzig. Das einzige, was sie beschäftigte, war die Frage, wie sie es anstellen müssten, um vor Erreichen des 60. Lebensjahres aus dem Berufsleben ausscheiden zu können und zugleich gut versorgt zu sein. Ihre Kreativität war beeindruckend. Sie planten einige Zeit der Arbeitslosigkeit ein und Übergangszeiten, die vom Arbeitgeber finanziert werden sollten und auf diese Weise meinten sie, sich bis zum Renteneintritt durchhangeln zu können. Dieser Geist muss raus aus der Bevölkerung. Sie muss lernen, dass auch ältere und alte Menschen am Wertschöpfungsprozess beteiligt bleiben müssen und zwar noch nicht einmal in erster Linie aus ökonomischen Gründen, sondern aus Gründen des soziokulturellen Zusammenhaltes einer Gesellschaft. Einer an Zahl kleinen, jungen Generation kann nicht zugemutet werden, massenhaft 60- und 65-jährige zu unterhalten, die auf der Parkbank sitzen, sich von der Sonne bescheinen lassen und Tauben füttern. Die ältere

Generation muss den Jungen zeigen: Wir stehen zu euch und wir helfen mit, die Lasten der dramatisch veränderten Altersstruktur zu tragen. Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit 80, 85 oder auch 90 Jahre alt werden, ist das durchaus zuzumuten.

VIII.

Eine stark alternde Gesellschaft wird auch ein größeres Sicherheitsbedürfnis haben als eine junge Gesellschaft. Eine junge Gesellschaft geht mit einem Achselzucken darüber hinweg, wenn einer älteren Dame auf offener Straße die Handtasche geraubt wird. Das ist für sie eine Banalität. In einer Gesellschaft, die zu 20 oder 25 Prozent aus älteren Damen besteht, wird eine derartige Banalität jedoch als massive Bedrohung empfunden. Und wehe dem Staat, der solchen Bedrohungen nicht zu begegnen weiß. Er kann auf anderen Feldern noch so erfolgreich sein – von der Mehrheit wird er als Versager gebrandmarkt werden.

Das ist verständlich und trotzdem eine Gefahr. Eines Tages könnte Sicherheit höher geschätzt werden als Freiheit und die Bereitschaft könnte wachsen, einen Staat mitzutragen, der es mit Recht und Gesetz nicht so genau nimmt, wenn er nur „Sicherheit“ gewährleistet. Immer häufiger wird der Ruf laut nach der starken Hand. Es solle endlich gehandelt werden, wobei viele gar nicht wissen, worin dieses Handeln bestehen soll. Die Hauptsache ist, es geschieht etwas. Wir müssen sehr aufpassen, dass gerade in einer alternden Gesellschaft nicht die Bereitschaft wächst, irgendjemandem blind das Kommando zu überlassen, nur damit wir Ruhe haben. Oder umgekehrt: wir müssen lernen, selbst etwas für unsere Sicherheit zu tun, selbst die Entscheidungen in Staat und Gesellschaft voran zu bringen.

Und ein letztes Stichwort: Bildung. Auch hier werden wir umlernen müssen. Bisher war Schule und berufliche Bildung in erster Linie etwas für Kinder und Jugendliche. War man erst einmal erwachsen geworden, brauchte man nichts mehr – so das Empfinden vieler – zu lernen. Auch das ist vorüber. Bildung und Ausbildung ist ein kontinuierlicher Prozess, der uns ein Leben lang begleitet. In Zukunft ist es durchaus möglich,

dass die Lehrer mitunter jünger sind als die Schüler. Eine solche Vorstellung ist uns bislang unvertraut. Aber künftig werden wir auch noch als 60-jährige gelegentlich die Schulbank zu drücken haben und 30-jährige werden uns etwas beibringen. Der eine oder andere der heute 60-jährigen mag sagen: Ein Glück, das betrifft mich nicht mehr. Aber die jetzt 50-jährigen sollten sich schon einmal mit dieser Vorstellung anfreunden.

Damit möchte ich meine Überlegungen zu den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen des demographischen Wandels beschließen. Bleibt die Geburtenrate unverändert und gelingt es uns, in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, jährlich etwa 200.000 Zuwanderer erfolgreich zu integrieren, ist in etwa 60 Jahren die demographisch schwierigste Phase überstanden. Dann treten wir ein in eine Phase, in der der Bevölkerungsaufbau einer sich nach unten hin verjüngenden Säule ähnelt. Die stärkste Gruppe werden die 60- bis 80-jährigen bilden, die schwächste die 0- bis 20-jährigen. Dies ist zwar nicht mehr die in sich ruhende Pyramide mit der breiten Basis der Jungen und der schmalen Spitze der Alten. Aber auch eine solche sich nach unten verjüngende Säule kann fest stehen.

Doch ehe diese neue Stabilität erreicht ist, muss viel geschehen. Einiges habe ich soeben ausgeführt. Das schwächer werdende demographische Fundament muss gestärkt und die Lasten müssen für die Nachwachsenden verringert werden. Noch bewegen wir uns in der entgegengesetzten Richtung. Dieser Weg darf nicht weiter gegangen werden. Wenn uns eine Regierung eine Steuererleichterung andienen will, die die Kinder und Enkel finanzieren sollen, müssen wir, die Älteren, Stopp sagen. Eine solche Steuererleichterung wollen wir nicht. Wir alle, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, müssen uns davon leiten lassen, dass wir von jetzt an auf einem zerbrechlichen demographischen Fundament stehen. Bislang wurde über die Altersstruktur der Bevölkerung kaum nachgedacht. Dass der Anteil der Jungen groß und der Anteil der Alten klein sein würde – darauf war Verlass.

Diese Gewissheit gibt es nicht mehr. Was jetzt auf uns zukommt, ist das Ergebnis unseres zielgerichteten Handelns während mehrerer Jahrzehnte. Richten wir uns also darauf ein, in einer Gesellschaft zu le-

ben, die an Zahl abnimmt, in der viele Menschen alt sein werden und die durch zahlreiche Zuwanderer heterogener, manche mögen sagen multikultureller, geworden sein wird und lernen wir, die vielfältigen Chancen einer solchen Gesellschaft zu nutzen. Ich wiederhole: Sie ist lebenswert, wenn wir uns auf sie einstellen.

